

## Feature

---

### *Japans „Neue Sicherheitspolitik“*

#### *Die Entsendung japanischer Soldaten zur logistischen Unterstützung der amerikanischen Militäroperation in Afghanistan - Bedeutung und Implikationen für Japans regionale Sicherheitspolitik*

*Axel Berkofsky (Florenz)*

**E**in loyaler Alliiertes wollte er sein, „bedingungslose Unterstützung“ im Kampf gegen globalen Terrorismus wollte er leisten.

Für Premierminister Junichirō Koizumi, der seit seinem Amtsantritt kontinuierlich und staatsmännisch davon spricht, seinem Land ein außen- und sicherheitspolitisches Profil zu geben, das den Ansprüchen der Wirtschaftsmacht gerecht wird, ist ohne Zweifel die Entsendung japanischer Soldaten zur logistischen Unterstützung der amerikanischen Militärmission in Afghanistan der vorläufige Höhepunkt der Bemühungen, seiner eigenen Rhetorik gerecht zu werden.

Koizumi war im April letzten Jahres angetreten, Japan nicht nur aus seiner Wirtschaftskrise zu führen, sondern seinem Land endlich aus seiner außenpolitischen Identitätskrise zu helfen.

Japans Wirtschaft liegt jedoch weiterhin brach, die dringend benötigten wirtschaftlichen und strukturellen Reformen lassen sich auf sich warten und Japans Positionen der für das Land wirklich relevanten sicherheitspolitischen Fragen bleiben offen bzw. unbeantwortet.

Schneidige Rhetorik, ein medienwirksames Auftreten, hohe Popularitätsraten und der Ansatz von Charisma sind auch weiterhin in Japan kein Ersatz für nachvollziehbare und realistische außen- und sicherheitspolitische Positionen.

Auch wenn Premierminister Koizumi in unzähligen Ansprachen verlautbaren ließ, daß er die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes unter Kontrolle habe, sind Japans Positionen zu den Themen regionale Raketenabwehr, Anwendung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung und eine längst überfällige Reduzierung der auf Okinawa stationierten amerikanischen Truppen entweder kaum erkennbar, nicht nachvollziehbar oder gänzlich unrealistisch.

Japan hat sich in altbewährter Manier auch nach der Amtsübernahme Koizumis weitestgehend darauf beschränkt, in sicherheitspolitischen Fragen amerikanische sicherheitspolitische Rhetorik zu wiederholen und der Öffentlichkeit die amerikanische Position als japanische zu „verkaufen“. Dieser Rhetorik gemäß bleibt die amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz und deren Ausbau der wichtigste Garant von Frieden und Sicherheit in Asien, China eine potentielle militärische Bedrohung, Nordkorea ein „Schurkenstaat“ und ein regionales Raketenabwehrsystem in erster Linie ein Instrument, den Rest Asiens von der Friedfertigkeit der USA und Japans zu überzeugen.

Der 11. September 2001 und die Entsendung japanischer Soldaten in Richtung Indischer Ozean Ende letzten Jahres zur logistischen Unterstützung amerikanischer Truppen im Rahmen der US-Operation in Afghanistan hat die für Japan wirklich relevanten sicherheitspolitischen Fragen scheinbar in den Hintergrund gedrängt und den Kritikern japanischer sicherheitspolitischer Positionen vorübergehend den Wind aus den Segeln genommen.

Die Erkenntnis jedoch, daß der neue japanische sicherheitspolitische Enthusiasmus nur für kurze Zeit die grundsätzlichen Probleme und Unstimmigkeiten der Sicherheitspolitik des Landes weniger evident erscheinen lassen kann, wird sich 2002 auch im Außenministerium und Regierungskreisen herumsprechen.

In welchen Bereichen Japan sicherheitspolitisch immer noch auf der Stelle tritt und welche möglichen Implikationen Japans derzeitiges militärisches Engagement für Japans Sicherheitspolitik im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft mit den USA haben könnte, soll in den folgenden Ausführungen untersucht werden.

### **Das militärische Engagement Japans:**

#### **Das japanische Antiterrorismusgesetz**

Premierminister Koizumi hat nach den Terroranschlägen in New York die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen, sich als loyaler Alliiertes der USA und eloquenter Staatsmann zu präsentieren. Der Premierminister begab sich im September und Oktober 2001 auf eine „Asientournee“, bei der es ihm offensichtlich und in erster Linie darum ging, so viele „Antiterrorismusdeklarationen“ wie möglich mit Japans Nachbarn in Asien zu unterzeichnen. Nach den Kontroversen um die offizielle Absegnung umstrittener japanischer Schulbücher für den Geschichtsunterricht, die den japanischen Expansionismus vor und während des Zweiten Weltkriegs relativierten und dem Besuch von Premier Koizumi im Yasukuni-Schrein im August 2001, wo auch japanische Kriegsverbrecher eingeschrein sind, hat sich für Koizumi zweifelsohne diese Gelegenheit außerdem als willkommene Möglichkeit dargestellt, bei Südkorea und China Boden gutzumachen und sich ausschließlich als an Aussöhnung und Frieden interessiert zu empfehlen.

Begleitet von der Rhetorik einer „bedingungslosen Unterstützung“ der USA im Kampf gegen den globalen Terrorismus, versicherte Koizumi Japans Nachbarländern, daß Japans Unterstützung der USA nicht einhergehen werde mit einem militärischen Aufrüsten in Japan, über das sich Japans Nachbarn beunruhigt zeigen müssten.

Was und mit welcher Geschwindigkeit dann in Japan im Oktober und November des letzten Jahres geschah, ist durchaus beachtlich und mehr als atypisch für den japanischen politischen Entscheidungsfindungs- und

Gesetzgebungsprozeß, der gewöhnlich eher für seine Langsamkeit bekannt ist, als für besonders hohe Effektivität.

Japan verabschiedete binnen zwei Monaten mit dem „Antiterrorismusgesetz“ eine Vorlage, die Angehörige der japanischen Selbstverteidigungskräfte autorisiert, amerikanische Militäreinrichtungen zu bewachen, eine revidierte Fassung des 1992 erstmals verabschiedeten sogenannten PKO-Gesetzes und ein Gesetz, das es der japanischen Küstenwache erlaubt, das Feuer auf unidentifizierte und „verdächtige“ Schiffe in japanischen Hoheitsgewässern zu eröffnen.

Abgesehen vom Antiterrorismusgesetz handelt es sich dabei um Gesetze, die seit Jahren mehr oder weniger intensiv, aber weitgehend erfolglos diskutiert und von Legislaturperiode zu Legislaturperiode geschleppt wurden.

Es entstand ohne Zweifel der Eindruck, daß die Ereignisse des 11. September und der neue japanische außen- und sicherheitspolitische Enthusiasmus die Verabschiedung dieser Gesetze beschleunigten bzw. überhaupt ermöglichten, auch wenn das auf der anderen Seite nicht bedeutete, daß japanische Soldaten durch die Gesetze tatsächlich mit klaren Richtlinien beispielsweise zum Schußwaffengebrauch ausgestattet worden wären. Ob japanische Truppen ihre Waffen im Rahmen von internationalen militärischen Missionen und friedenssichernden Missionen der Vereinten Nationen lediglich zur individuellen Selbstverteidigung oder ebenfalls zur Verteidigung ausländischer Truppen oder Zivilisten einsetzen dürfen, ist keineswegs klar und geht nicht eindeutig aus den Gesetzestext hervor.

Dennoch passierten alle Gesetze beide Kammern des japanischen Parlaments ohne Probleme und mit großen Mehrheiten, auch wenn in der Diskussion in der japanischen Presse deutlich wurde, daß sich die Ansichten japanischer Bürokraten im Außenministerium und Verteidigungsamt bezüglich der Praxis des Schußwaffengebrauchs von denen japanischer Offiziere auf dem Weg zum Indischen Ozean durchaus deutlich unterscheiden. Daß japanische Soldaten im Zweifelsfall und bei einem Einsatz im Zweifelsfall die Erlaubnis zum Schußwaffengebrauch

nachträglich vom japanischen Parlament einholen können, trug ebenfalls wenig dazu bei, den Soldaten den Eindruck zu vermitteln, daß ihre Mission rechtlich auf soliden Beinen steht.

Artikel 9 der japanischen Verfassung, der noch bis vor kurzem als Hindernis gegen Gewalt zur Lösung von Konflikten angesehen wurde, ist auf einmal – laut Koizumi – kein Hinderungsgrund mehr für die Anwendung militärischer Gewalt seitens japanischer Soldaten.

Gemäß der aktuellen Interpretation der Verfassung ist die Präambel geradezu als Aufruf für internationale und militärische Kooperation zu verstehen, was der japanischen Verfassungsdebatte zweifellos eine vollkommen neue Dimension verleiht.

Keine Überraschung, daß nur die kommunistische und sozialdemokratische Partei Japans gegen die Entsendung japanischer Soldaten in Richtung Indischer Ozean war, auch wenn Vertreter beider Parteien interessanterweise argumentierten, daß nicht nur verfassungs- sondern ebenfalls arbeitsrechtliche Restriktionen die Entsendung japanischer Truppen ins Ausland verunmöglichen würden. Die Arbeitsverträge japanischer Soldaten, die ihren Beruf in erster Linie bzw. ausschließlich zur Verteidigung des Landes angetreten haben, würden durch die Entsendung zu internationalen militärischen Missionen eklatant verletzt, führten Vertreter beider Parteien an und trugen damit nicht unbedingt zu einer sachlichen Diskussion um die japanische Truppenentsendung bei.

#### **Japan zieht in den Krieg**

Nachvollziehbarer und weniger nachvollziehbarer Kritik zum Trotz segelten japanische Soldaten am 8. November 2001 dann in Richtung Indischer Ozean und zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beteiligten sich Japans Streitkräfte damit an einer multinationalen militärischen Operation, was in der japanischen und

ausländischen Presse vorschnell mit dem Beginn einer neuen japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gleichgesetzt wurde.

Abgesehen von der Entsendung japanischer Minensuchboote in den Persischen Golf nach Ende der militärischen Auseinandersetzungen des Golfkriegs 1991 und der friedenssichernden Mission der Vereinten Nationen in Kambodscha 1992, hat Japan offiziell seit Ende des Zweiten Weltkriegs aus verfassungsrechtlichen Gründen darauf verzichtet, japanische Soldaten zu internationalen militärischen Missionen zu entsenden. Offiziell entspricht das durchaus den Tatsachen, auch wenn das nur die halbe Wahrheit japanischen militärischen Engagements nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist. Während des Koreakriegs und im Dezember 1950 entsandte Japan im Rahmen der Unterstützung von US-Truppen in einer geheimen Mission 46 Minensuchboote mit 1.200 Mann Besatzung um vor der Küste der koreanischen Halbinsel Minen zu suchen und zu neutralisieren. Diese japanische militärische Operation in den 1950er sowie Japans Engagement im Vietnamkrieg in den 1960er und 1970er Jahren lassen ohne Zweifel die Annahme, japanische Soldaten täten nun etwas, was sie vorher nicht getan haben, was für eine „Neudefinition japanischer Sicherheitspolitik“ stehe, in einem etwas anderen Licht erscheinen.

700 japanische Soldaten verließen am 8. November 2001 an Bord der Zerstörer „Kuruma“ und „Kirisame“, begleitet von dem Versorgungsschiff „Hamana“ den Hafen von Sasebo in der Präfektur Nagasaki um amerikanische Truppen im Rahmen ihrer militärischen Operation in Afghanistan logistisch zu unterstützen. Im Dezember folgten später noch drei weitere Kriegsschiffe, was die Gesamtzahl der entsandten Soldaten auf 1.500 erhöhte. Treffpunkt japanischer Schiffe mit amerikanischen Kriegsschiffen war die Insel Diego Garcia, wo Japans Soldaten amerikanische Kriegsschiffe in erster Linie mit Treibstoff, Nahrung und Medikamenten versorgten.

Nach einer widersprüchlichen Diskussion entschied sich Japan – sehr zum Leidwesen der USA – jedoch schlußendlich gegen eine Entsendung der in den letzten Jahren von den USA gekauften AEGIS-Zerstörer, deren modernste Waffen- und Radarsysteme kompatibel mit denen der

USA sind. Die USA zeigten sich darüber sichtlich enttäuscht, während Tokyo den Eindruck vermeiden wollte, als ein zu enger und zu sichtbarer militärischer Allianzpartner in der Mission identifiziert zu werden.

Premierminister Koizumi ließ die japanische Öffentlichkeit vor der Entsendung der Soldaten wissen, daß Japan nicht „wirklich in den Krieg ziehen würde“, was bezeichnenderweise einhergeht mit den Formulierungen innerhalb des Antiterrorismusgesetzes. Dort steht geschrieben, daß japanische Truppen zur „Unterstützung der militärischen Mission ausländischer Staaten zur Sicherung des Friedens der internationalen Staatengemeinschaft inklusive Japan entsandt werden.“ Zwischen den Zeilen scheint zu stehen, daß Japan lediglich und fernab von Kampfgebieten bei einer militärischen Operation logistisch aushilft, die von anderen entschieden, geplant und durchgeführt wird. Der im gleichem Atemzug gegebene Rat von Koizumi an seine Soldaten, eine Verwicklung in direkte militärische Auseinandersetzungen unbedingt zu vermeiden, da Japan der Beobachtung der islamischen Staaten und seiner asiatischen Nachbarn ausgesetzt sei, ist ohne Zweifel keine schlechte Idee, auch wenn sie bei Soldaten und Militärstrategen innerhalb und außerhalb Japans nur Unverständnis und Kopfschütteln hervorrief.

### **Bedeutung und Implikationen für Japans regionale Sicherheitspolitik**

#### **Japans Beteiligung an regionaler Raketenabwehr nach dem 11. September**

An Widersprüchlichkeit kaum zu übertreffen ist die offizielle Position der Regierung zum Thema regionale und globale Raketenabwehr. Japan beteiligte sich auch 2001 an der Entwicklung eines regionalen Raketenabwehrsystems, wobei vorerst und offiziell Japans Interesse an regionaler Raketenabwehr (Theater Missile Defense oder kurz: TMD) nicht über das Forschungsstadium hinausgehe. Angesichts der Höhe der jährlich investierten Summen wirkt das jedoch kaum glaubwürdig und nicht einmal Japan kann es sich leisten, so massiv in die Entwicklung

eines umstrittenen Raketenabwehrsystems zu investieren, an dessen Stationierung es offensichtlich nur am Rande interessiert ist.

Es kann kaum Zweifel daran geben, daß Japan an einer Stationierung von TMD interessiert ist, bzw. aus der Sicht der Befürworter eines regionalen Raketenabwehrsystems interessiert sein müsste, wobei sich die Regierung in Tokyo die Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit eines kollektives Raketenabwehrsystem insofern einfach macht, als sie wider besseren Wissens darauf hinweist, daß ein regionales Raketenabwehrsystem in erster Linie ein Instrument der Verteidigung japanischen Territoriums und der dort stationierten Soldaten sei. Auch wenn mittlerweile selbst in japanischen Regierungskreisen bekannt sein dürfte, daß ein regionales Raketenabwehrsystem durchaus regionale strategische Implikationen hat und die Gefahr massiver militärischer Aufrüstung in der Region bergen könnte, zieht es Japan vor, sich weitgehend aus der unbequemen Diskussion heraus zu halten. Lieber läßt man die USA erklären, warum ein regionales Raketenabwehrsystem, das unter Umständen das ohnehin die bereits stattfindende Aufrüstung in Ostasien noch beschleunigt, maßgeblich zur Stabilität und Frieden in Asien beiträgt.

Japans an seinen eigenen Standards gemessene schnell gewährte logistische Unterstützung des amerikanischen Militärs läßt ohne Zweifel den Eindruck aufkommen, daß Japan sich auch zukünftig finanziell an der Entwicklung regionaler bzw. globaler Raketenabwehrsysteme im Rahmen des Ausbaus der bilateralen Sicherheitspartnerschaft beteiligen wird.

#### **Amerikanisch- Japanische Militärische Kooperation**

##### **„Gegenden um Japan“**

Offiziell war und ist eine militärische Bedrohung aus Nordkorea die Hauptmotivation für den Ausbau der amerikanisch-japanischen Sicherheitspartnerschaft. Mittlerweile zeichnet sich jedoch selbst in den konservativen Medien und in den militärischen Krisenszenarien der japanischen „think tanks“ ab, daß China und sein wachsendes ökonomisches und militärisches Potential den „Schurkenstaat“

Nordkorea aus der Sicht der USA und Japans als Sicherheitsrisiko Nummer eins abgelöst zu haben scheint.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Situation Nordkoreas und auf die von Hungersnöten geplagte nordkoreanische Bevölkerung läßt dieses Land eigentlich schon lange nicht mehr als realistische militärische Bedrohung glaubwürdig erscheinen. Außer im Gaimushō oder im Pentagon glaubt kaum jemand in Japan und den USA noch ernsthaft an eine militärische Bedrohung aus Nordkorea.

Die Diskussion über die in den 1997 verabschiedeten neuen amerikanisch-japanischen Verteidigungsrichtlinien formulierten sogenannten „Gegenden um Japan“ drehte und dreht sich in erster Linie um die Frage, ob Taiwan bzw. die Straße von Taiwan unter das Anwendungsgebiet amerikanisch-japanischer militärischer Kooperation fällt. Die Ergebnisse dieser Bemühungen dieser mitunter auch für Eingeweihte nur sehr schwer nachvollziehbaren Diskussion lassen sich allerdings nur mit sehr viel gutem Willen als solche bezeichnen.

Gemäß offizieller Auslegung müsste eine militärische Krise in der Straße von Taiwan Einfluß auf Japans Frieden und Sicherheit haben, um amerikanisch-japanische militärische Kooperation zu rechtfertigen, was angesichts der geographischen Nähe zu Japan durchaus vorstellbar wäre. Die offizielle japanische Position, daß eine militärische Krise in der Straße von Taiwan jedoch eine Situation darstelle, die nicht unbedingt unmittelbaren Einfluß auf die Sicherheitslage Japans haben müsse, wird unter Berücksichtigung der Tatsache, daß über 90% aller Rohstoffe japanische Häfen durch die Straße von Taiwan erreichen, mehr als ungläubwürdig.

In Anbetracht der Entsendung japanischer Truppen in den Indischen Ozean zur Unterstützung des amerikanischen Militärs, welche gemäß der japanischen Regierung ebenfalls im Rahmen der Verteidigung von Japans Frieden und Sicherheit stattfindet, wird es ohne Zweifel für die japanische Regierung zukünftig schwieriger werden, China zu erklären, warum zwar eine militärische Auseinandersetzung in Zentralasien

Einfluß auf Japans Frieden und Sicherheit hat, eine in Japans unmittelbarer Nachbarschaft jedoch nur „vielleicht“.

Die Entsendung japanischer Kriegsschiffe in den Indischen Ozean könnte ebenfalls Implikationen für die seit Jahren in Japan kontrovers diskutierte mögliche Entsendung japanischer Minensuchboote in die Straße von Taiwan im Rahmen einer aktiven Unterstützung der USA bei einer amerikanisch-chinesischen militärischen Konfrontation haben.

Gemäß der amerikanischen Regierung wäre es durchaus möglich, daß die USA im Zweifelsfall japanische Minensuchboote anfordern könnten, da die USA in Asien nur eine sehr geringe Zahl von Minensuchbooten stationiert haben und Japan über eine Flotte von Minensuchbooten verfügt, die beim Räumen von Minen im Rahmen einer möglichen chinesischen Seeblockade Taiwan unabdingbar sein könnte.

Japanische Militärs diskutieren bereits seit einigen Jahren hinter vorgehaltener Hand, daß die Suche und Räumung von Minen in der Straße von Taiwan eine realistische und mögliche Option amerikanisch-japanischer militärischer Kooperation sein könnte.

Die Anforderung militärischer Unterstützung aus Japan seitens der USA nur eine Woche nach den Anschlägen in New York und Washington legt zumindest nahe, daß die USA bei einer militärischen Auseinandersetzung unmittelbar vor Japans Haustür erst recht auf japanische Unterstützung bestehen würden.

#### **Die amerikanisch-japanische Allianz und amerikanische Truppenstationierung auf Okinawa nach dem 11.September**

Japan empfängt seitens der USA nicht nur regelmäßig „Empfehlungen“, seine Verfassung zu revidieren oder mindestens neu zu definieren, sondern wurde vom amerikanischen Botschafter in Japan Howard Baker am ersten Tag des Jahres 2002 darüber informiert, daß die USA auch in diesem Jahr nicht planten, Truppen von Okinawa abzuziehen. Okinawa sei nach Ansicht der USA strategisch zu wichtig im Kampf gegen den

globalen Terrorismus um „aufgegeben“ zu werden, wobei wieder einmal mehr der Eindruck aufkam, daß die USA sich kaum darum zu kümmern scheinen, daß es sich bei Okinawa seit 1972 um japanisches Territorium handelt.

Das von Japan vorgeschlagene Zeitlimit von 15 Jahren für die Benutzung amerikanischer Militäreinrichtungen in Japan wurde von den USA als „inakzeptabel“ zurückgewiesen, was den Eindruck bestätigt, daß Modalitäten der Stationierung amerikanischer Truppen auf japanischem Territorium und ganz besonders auf Okinawa, wie eh und je lediglich am Rande von Japan mitentschieden werden.

Der 11. September 2001 hat die ohnehin eher schwache japanische Verhandlungsposition noch geschwächt bzw. den USA eine weitere Rechtfertigung gegeben, nicht wirklich an eine Truppenreduzierung auf Okinawa zu denken. Allerdings war die japanische Regierung in ihren Bemühungen zur Lösung der Okinawa-Frage auch vor dem 11. September äußerst passiv, wobei lediglich Japans Außenministerin Makiko Tanaka die Ehre zuteil wurde, mit scharfer und wie gewöhnlich auf äußerst undiplomatische Weise vorgetragener Kritik an der Stationierung amerikanischer Truppen auf Okinawa die von Koizumi angekündigte „neue und selbstbewußtere japanische Außen- und Sicherheitspolitik“ mit Inhalt zu füllen. Dank erntete sie dafür allerdings nicht, sondern wurde stattdessen vom Premierminister unter vier Augen zur Rede gestellt. Bei ihrem USA-Besuch wenig später im Jahre 2001 hatte sie offenbar ihre Positionen zur Raketenabwehr noch rechtzeitig korrigieren können und die erwartete Blamage blieb aus.

#### **Japan, die Beteiligung an militärischen Operationen und das Recht auf kollektive Selbstverteidigung**

Ein Dauerbrenner auf der sicherheitspolitischen Agenda Japans ist das Thema der Anwendung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung. Die Yomiuri Shimbun informiert die japanische Öffentlichkeit in der Regel an erster Stelle über die vermeintliche Wichtigkeit der Ausübung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung und kritisiert den Umstand ,daß

amerikanische Soldaten zwar ihre japanischen Kameraden verteidigen können, während Japans Soldaten nur sich selbst beschützen dürfen.

Die Besetzung mit Richard Armitage als Vize-Außenminister der US-Regierung mit Zuständigkeitsbereich Asien, der Ende des Jahres 2000 mit einem von ihm mitverfassten Bericht Japan direkt auffordert, die Ausführung des Rechts anzuerkennen, unterstreicht diese Forderung. Die Vehemenz, mit der die USA und die Yomiuri Shimbun die japanische Regierung 2001 aufforderten, endlich für Japan die Ausübung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen, vermittelt darüber hinaus den abwegigen Eindruck, daß die Ausübung dieses Rechts für Japan unmittelbar bevorsteht.

Die ohnehin oft sinnentleerte Diskussion in Japan verlor zusätzlich an Qualität, als sich herausstellte, daß Premierminister Koizumi in einer Parlamentsdebatte Ende 2001 offenbar nur sehr unzureichend über den Unterschied zwischen individueller und kollektiver Selbstverteidigung informiert war. Bei der Parlamentsdebatte am folgenden Tag korrigierte Koizumi die am Tag vorher gemachten Aussagen und wies darauf hin, daß er sehr wohl über den Unterschied informiert und wie gewöhnlich von der Presse falsch zitiert worden sei.

Japanische Militärs und Befürworter einer erweiterten japanischen militärpolitischen regionalen und globalen Rolle weisen bereits seit Verabschiedung der neuen amerikanisch-japanischen Verteidigungsrichtlinien hinter vorgehaltener Hand darauf hin, daß Japan im Zweifelsfall gar nicht davon absehen kann, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung anzuwenden, auch wenn es sicherheitshalber als individuelle Selbstverteidigung definiert wird. Die Tatsache, daß die japanische Beteiligung an der US-Mission in Afghanistan als individuelle Selbstverteidigung bzw. als Verteidigung der Sicherheit Japans bezeichnet wurde, bietet dabei ohne Zweifel ein anschauliches Beispiel sowohl für den sicherheitspolitischen als auch den linguistischen japanischen Erfindungsreichtum.

Es besteht kein Zweifel daran, daß diejenigen, die sich in Japan für die Anerkennung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung aussprechen,

durch die neuen japanischen Gesetze und die Mission japanischer Soldaten außerhalb japanischen Territoriums auch weiterhin auf eine Änderung der japanischen Position zum Thema kollektive Selbstverteidigung hoffen dürfen.

#### **Japanische Küstenwache versenkt nordkoreanisches Schiff**

Ende Dezember 2001 bescherte Japan der Weltöffentlichkeit und Presse die letzte große Schlagzeile asiatischer Sicherheitspolitik des Jahres und machte auf eher unerfreuliche Art und Weise vom neuen japanischen Küstenwachgesetz Gebrauch, indem ein vermutlich nordkoreanisches Schmugglerschiff außerhalb japanischer Hoheitsgewässer versenkt wurde.

Das Sinken des Schiffes im Ostchinesischen Meer und in der von China beanspruchten sogenannten „exklusiven Wirtschaftszone“ haben inländische und ausländische Kommentatoren japanischer Außenpolitik befürchten lassen, daß Japan im Rahmen der Verteidigung seiner Sicherheit und seines neuen sicherheitspolitischen Selbstbewußtseins deutlich über das Ziel hinausgeschossen hat.

Nach einer 30-stündigen Verfolgungsjagd durch japanische Hoheitsgewässer bzw. der von Japan beanspruchten 200-Meilen weiten exklusiven Wirtschaftszone sowie durch chinesische Hoheitsgewässer wurde das „verdächtige“ Schiff nach einem Schußwechsel versenkt, als es sich weigerte, seine Fahrt zu stoppen und zu sich identifizieren. Der Schußwechsel fand außerhalb japanischer Gewässer und damit auch außerhalb des Anwendungsbereichs des japanischen Küstenwachgesetzes statt, was berechtigte Zweifel an der Legalität des Gebrauchs militärischer Gewalt aufkommen läßt.

Premierminister Koizumi nannte das Vorgehen der japanischen Küstenwache nichtsdestotrotz einen „legitimen Akt der Selbstverteidigung“ und führte im gleichen Atemzug an, daß dieser Vorfall beweise, daß die Restriktionen, die japanischen Soldaten die Anwendung von militärischer Gewalt erschwert, gelockert werden

müßten. Dadurch könnten in Zukunft „unnötige“ verfassungsrechtliche Diskussionen bei ähnlichen Situationen vermieden werden.

Zweifelsohne eine eigenwillige Sicht der Dinge seitens des Premierministers und in Anbetracht der Tatsache, daß der Schußwechsel außerhalb japanischer Hoheitsgewässer und in internationalen Gewässern stattfand, auch eine inkorrekte.

Die Anwendung des Rechts auf militärische Gewalt im Rahmen japanischer Jurisdiktion ist dabei nicht der springende Punkt, wie Koizumi glauben machen will, es geht vielmehr um die Anwendung und die Bestimmungen internationalen Seerechts. Dort bestehen jedoch keine eindeutigen Klauseln, die das Versenken eines verdächtig erscheinenden Schiffes in internationalen Gewässern rechtfertigen würden.

Japan hingegen war offensichtlich der Ansicht, daß die eigenen Gesetze internationales Seerecht außer Kraft setzen, wobei sich Japan in Zukunft vor Herausforderungen gestellt sehen könnte, wenn es sich und seine Politik weiterhin als „pazifistisch“ bezeichnet.

Nordkorea lehnte erwartungsgemäß jegliche Verantwortung ab und sowohl China als auch Südkorea zeigten sich sehr besorgt über die „Einsatzfreudigkeit“ der japanischen Küstenwache. Besonders China, das von Japan bereits seit einiger Zeit verdächtigt wird, unerlaubterweise mit als Forschungsschiffen getarnten Spionageschiffen regelmäßig in japanische Hoheitsgewässer einzudringen, wird unter Umständen die Routen seiner „Forschungsreisen“ in asiatischen Gewässern neu überdenken müssen.

Die japanische Regierung bestreitet offiziell, daß die gesetzlichen Initiativen und Japans aktive bis übereifrige Sicherheitspolitik unmittelbar und ausschließlich mit den Ereignisse des 11. September in Zusammenhang stehen, auch wenn ohne Zweifel zumindest der Eindruck entstehen muß, daß Japan die Gunst der Stunde genutzt hat, um Gesetze und sicherheitspolitische Verfahrensweisen durchzusetzen, die Premierminister Koizumi und seine Verteidigungsfalken seit April 2001 lautstark gefordert hatten.

Angesichts des Fehlens von strategischer Weitsicht und Urteilsvermögen in den Reihen politischer Entscheidungsträger der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik ist zu bezweifeln, ob Japan in der Lage ist, die möglichen Implikationen seiner neuen Sicherheitspolitik tatsächlich zu beurteilen.

Angenehme oder weniger angenehme Überraschungen - auch im Jahr 2002 könnte Japan für die eine oder andere sicherheitspolitische Überraschung und Schlagzeile gut sein, solange Koizumi das Kommando hat. ■



**Axel Berkofsky:** Jahrgang 1969. Studium der Japanologie und Politikwissenschaften in Marburg, Tokyo, Bochum und Hamburg. 1997 Abschluß des Studiums und Anstellungen bei Japan Airlines und DICR Management Consultancy in London. Seit Mai 1999 Doktorand an der Universität Hamburg, Dissertation zu den neuen amerikanisch-japanischen Verteidigungsrichtlinien. 1999/2000 17-monatiger Forschungsaufenthalt in Tokyo als Stipendiat der Canon Foundation und des Deutschen Instituts für Japanstudien. In Tokyo außerdem freier Journalist für die „Asahi Evening News“. Seit Dezember 2000 in Florenz und seit Oktober 2001 freier Journalist für die ASIA TIMES. E-Mail: Axel\_Berkofsky@yahoo.com